

## **Deutsche Wirtschaft 1986/87**

### **Eine Chance im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wurde nicht genutzt**

---

Günter Pehl, geb. 1923 in Stettin, Chefredakteur der DGB-Funktionärszeitschrift „Die Quelle“ schreibt alljährlich seit mehr als 25 Jahren für die „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ zur aktuellen Wirtschaftslage in der Bundesrepublik.

Zum ersten Male seit Anfang der fünfziger Jahre sanken die Verbraucherpreise 1986 im Vergleich zum Vorjahr - und das im konjunkturellen Aufschwung. Das reale Bruttosozialprodukt wuchs 1986 um rund 2,5 Prozent. Zum ersten Mal seit 1979 stiegen auch die realen Einkommen der Arbeitnehmer wieder - in einem Ausmaß wie seit 1971 nicht mehr. Die Zinssätze sind nur noch etwa halb so hoch wie Anfang der achtziger Jahre. In der Außenhandelsbilanz ergab sich 1986 ein Rekordüberschuß von etwa 110 Milliarden DM, und der Überschuß in der außenwirtschaftlichen Leistungsbilanz weist mit rund 70 Milliarden DM ebenfalls einen Rekord auf; 1985 betrug der Überschuß erst 38 Milliarden DM. Schließlich nahm die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer 1986 gegenüber 1985 um rund 250 000 zu.

Dies alles sei ein „glänzendes Ergebnis“, meinte der Vizepräsident der Bundesbank, Helmut Schlesinger. Und die Bonner Koalitionsparteien werben natürlich im Bundestagswahlkampf mit diesen Zahlen. „Das ist das Ergebnis, mit dem wir vor die Wähler treten, ein Ergebnis, das handfest ist...“, so Bundesarbeitsminister Norbert Blüm in der Haushaltsdebatte im Bundestag. Und wenn man den Worten des Bundeskanzlers folgt, dann scheint dank der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung die Sonne auf unser Volk. Tatsächlich können sich zur Zeit auch viele Menschen im Sonnenschein wohlfühlen. Wer zum Beispiel einen sicheren Arbeitsplatz und ein gutes Einkommen hat, der wird möglicherweise die Bonner Wirtschaftspolitik positiv beurteilen.

#### Die Kehrseite der Medaille

Indessen sind die genannten Daten nur die eine Seite der Medaille. Der verantwortliche Beobachter der Wirtschaftsentwicklung hat die Pflicht, um der Wahrheit willen - und der Wähler sollte die ganze Wahrheit kennen - auch die Kehrseite der Medaille darzustellen. Folgt man dieser Maxime, dann ist, was die Kehrseite anbelangt, zusammengefaßt festzustellen:

1. Es ist Wahlkampfzeit, und so ist es verständlich, daß die Regierungsparteien die positiven Entwicklungen als Ergebnis ihrer Politik bezeichnen. In Wahrheit schmücken sie sich aber größtenteils mit fremden Federn. Die Bon-

ner Wirtschaftspolitik hat am wenigsten zu dem „glänzenden Ergebnis“ beigetragen.

2. Der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit sei die wichtigste politische Aufgabe, versichern die führenden Koalitionspolitiker bei jeder Gelegenheit. An dieser ihrer eigenen Aussage gemessen hat die neokonservative Koalition in Bonn versagt. Fast dreieinhalb Millionen Menschen suchen - bei den Arbeitsämtern registriert oder zur „Stillen Arbeitsmarktreserve“ gehörend - einen Arbeitsplatz. Millionen Menschen leben in Armut.

3. Noch nie seit Bestehen der Bundesrepublik waren die Einkommensunterschiede so kraß, ist die Einkommensverteilung zwischen den sozialen Gruppen so ungerecht gewesen, sind die Löhne hinter der Gewinnentwicklung so stark zurückgefallen, wie in den letzten Jahren. Während Millionen Menschen das Geld zum Bestreiten eines menschenwürdigen Lebens in unserer wohlhabenden Gesellschaft fehlt, wissen andere nicht, wofür sie ihr Geld noch ausgeben, wo sie ihr Geld noch ertragreich und möglichst steuersparend anlegen können.

4. Vieles spricht dafür, daß 1986 der Höhepunkt des Wirtschaftsaufschwungs überschritten wurde. Der konjunkturelle Abschwung zeichnet sich ab. Die neokonservative Koalition hat die einmalige Chance, während des Wirtschaftsaufschwungs und bei einem weltweiten Abbau der Preissteigerungen bis hin zum Erreichen von Preisstabilität die Massenarbeitslosigkeit auf weniger als eine Million Menschen zu vermindern (so wie es Norbert Blüm und Heiner Geißler 1983 versprochen hatten), vertan. Nun ist zu befürchten, daß die Bundesrepublik in den nächsten Konjunkturabschwung mit einem „Arbeitslosensockel“ von über zwei Millionen registrierten Arbeitslosen (und einer „Stillen Reserve“ von mindestens einer Million) hineingehen wird; 1980 waren es unter der Regierung Helmut Schmidt 889 000 gewesen.

Wirtschaftsminister Bangemann, das Unternehmerinstitut der Wirtschaft (IW) und einige andere Konjunkturbeobachter meinen allerdings, daß es in den nächsten Jahren nicht zu einem konjunkturellen Abschwung kommen wird. „Die späten achtziger Jahre stehen im Zeichen einer steten Aufwärtsentwicklung der Volkswirtschaft“, meinte das Institut der Wirtschaft, und es überschrieb seine Prognose: „Vor uns die guten Jahre.“

#### Ist der Konjunkturzyklus tot?

Bisher gab es in der Bundesrepublik ebenso wie in den anderen westlichen Industriestaaten konjunkturelle Schwankungen, deren Dauer zuletzt von Höhepunkt zu Höhepunkt und vom Tiefpunkt zum nächsten Tiefpunkt jeweils vier bis fünf Jahre ausmachte. Der letzte konjunkturelle Höhepunkt war 1979/80 gewesen, das Konjunkturtal wurde Ende 1982 an seiner tiefsten Stelle durchschritten. Daran gemessen, müßte die Bundesrepublik bereits 1984/85 den Höhepunkt des neuen Konjunkturzyklus überschritten haben und 1987 das nächste konjunkturelle Tief erreichen.

### Kraftloser Aufschwung verändert Konjunkturablauf

Offensichtlich entspricht jedoch die tatsächliche Entwicklung diesmal nicht dem bisherigen Ablaufmuster der Konjunkturzyklen. Der wichtigste Grund für dieses Abweichen liegt sicherlich in der Kraftlosigkeit des bisherigen Aufschwungs. Die reale Wachstumsrate von rund 2,5 Prozent während des Aufschwungs und im vermutlichen Konjunkturröhepunkt - nämlich 1986 - ist nur etwa halb so groß wie in früheren Jahren. Daß das Wirtschaftswachstum so schwach ist, läßt sich freilich leicht mit der beschäftigungspolitischen Untätigkeit des Staates in der Bundesrepublik und anderswo in der Europäischen Gemeinschaft erklären. Die Bundesregierung hat durch ihre überzogene Politik der Haushaltskürzungen und des Sozialabbaus sogar noch das Wirtschaftswachstum abgebremst.

Aus der Kraftlosigkeit des Aufschwungs wurde bereits eine Theorie entwickelt: „Acht Jahre lang kein echter Aufschwung, aber auch keine Rezession“, so der Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung bei der Westdeutschen Landesbank, Klaus Wieners. Er erwartet bis in die neunziger Jahre hinein „Minizyklen und einen Entwicklungstrend“. Würde Wieners recht behalten, so hieße dies freilich auch: mehr als zwei Millionen registrierte Arbeitslose bis ins nächste Jahrzehnt.

### Wurde 1986 der Konjunkturröhepunkt erreicht?

Gleich, ob man diese These von Minizyklen teilt oder meint, das bisherige Muster vom Ablauf der Konjunkturzyklen werde sich wieder durchsetzen — es stellt sich die Frage, wie die wirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 1986 und 1987 in den konjunkturellen Rahmen hineinpaßt. Dazu ist es zweckmäßig, diese beiden Jahre nicht isoliert zu betrachten. Vielmehr soll die Entwicklung seit Anfang der achtziger Jahre in die Darstellung mit einbezogen werden. Wichtige Daten sprechen dafür, daß sich die Wirtschaft der Bundesrepublik gegenwärtig in einer konjunkturellen Spätphase befindet. Im jetzt abgelaufenen Jahr 1986 scheint der konjunkturelle Höhepunkt erreicht worden zu sein. Für 1987 deutet sich eine Abwärtsbewegung an.

Bevor jedoch dieser Gedanke weiter verfolgt wird, sollten die Grunddaten der Wirtschaftsentwicklung 1986/87 genannt werden. Die im Herbstgutachten von fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstituten, im Jahrgutachten 1986/87 des Sachverständigenrats und vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB (WSI) genannten Daten für das vergangene Jahr 1986 stimmen weitgehend überein; bei den Voraussagen für 1987 gibt es bemerkenswerte Unterschiede.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> „Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1986“, u. a. im Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 23.10.1986 - Jahrgutachten 1986/87 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bundesrats-Drucksache 565/86 - „Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik in den Jahren 1986/87, Mitteilungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB, H. 11/1986.

### 1986 wuchs das reale Sozialprodukt um 2,5 Prozent an

Die vor einem Jahr gegebenen Prognosen über das reale Wirtschaftswachstum im Jahre 1986 haben sich fast alle als zu optimistisch herausgestellt. Geschätzt wurde meist eine reale Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts von gut 3 Prozent; einige Voraussagen lagen sogar bei 3,5 bis 4 Prozent. Tatsächlich schwächte sich aber die Wirtschaftsentwicklung im ersten Vierteljahr 1986 stark ab, was nicht vorhergesehen worden war. Das reale Sozialprodukt war im ersten Quartal 1986 nur um 1,7 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Im zweiten Vierteljahr war die Wachstumsrate mit 3,6 Prozent dagegen erheblich größer. Im dritten Quartal ging die Tourenzahl der Konjunktur wieder zurück auf plus 2,4 Prozent. Für das letzte Quartal wird ein etwa gleich hoher Zuwachs zu erwarten sein.<sup>2</sup>

Im ganzen Jahr 1986 war demnach das *reale Bruttosozialprodukt* - das ist der umfassendste Meßwert für die Wirtschaftsleistung einer Volkswirtschaft - um rund 2,5 Prozent höher als 1985. Damals, 1985, betrug die reale Zuwachsrate ebenfalls 2,5 Prozent. In jeweiligen Preisen gerechnet, wurde 1986 ein Bruttosozialprodukt von rund 1955 Milliarden DM erwirtschaftet - knapp 6 Prozent mehr als 1985.

Das reale Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent wurde 1986 mit einer um gut 1 Prozent höheren Zahl an Erwerbstätigen erarbeitet. Gleichzeitig ging die Arbeitszeit je Erwerbstätigen um etwa 0,8 Prozent zurück. Daraus ergibt sich, daß das Wirtschaftswachstum 1986 fast ausschließlich von der gesamtwirtschaftlichen Produktivität getragen wurde; das Bruttosozialprodukt je Erwerbstätigenstunde stieg um rund 2,3 Prozent. Anders ausgedrückt: die Zahl der Erwerbstätigen konnte bei dem relativ schwachen Wachstum nur deshalb um reichlich 1 Prozent steigen, weil gleichzeitig die Arbeitszeit je Erwerbstätigen kürzer wurde.

### Zwei Prozent reales Wachstum im Jahre 1987?

Für 1987 erwarten die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Ende Oktober 1986 vorgelegten Herbstgutachten ein reales Wirtschaftswachstum von fast 3 Prozent mit einer Verlangsamung im Jahresverlauf. Die Prognose des WSI liegt bei 2 Prozent; ebenso die des Sachverständigenrates, der sein Gutachten erst Ende November vorlegte. Die Prognose einer Zuwachsrate von 2 Prozent dürfte die größere Wahrscheinlichkeit für sich haben. Aber auch dieser Voraussage liegen Annahmen zugrunde, von denen heute eigentlich niemand sagen kann, ob sie realistisch sind, etwa daß der Dollarkurs nicht weiter verfällt und daß der Ölpreis ungefähr auf seinem derzeitigen Niveau von 15 Dollar je Faß (Barrel) bleiben wird.

Sachverständigenrat und WSI schätzen, daß die gesamtwirtschaftliche Produktivität (je Erwerbstätigenstunde) 1987 um etwa 2 Prozent, also ebenso viel

---

<sup>2</sup> Dieser Bericht wurde am 8. Dezember abgeschlossen. Bis dahin lagen amtliche, meist vorläufige Daten über die Wirtschaftsentwicklung erst bis zu den Monaten September oder Oktober 1986 vor.

wie das Sozialprodukt, steigen wird. Eine Zunahme der Erwerbstätigenzahl ist also nur bei weiterer Arbeitszeitverkürzung möglich. Bei Fortsetzung der bisherigen Bonner Politik wird die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Jahr voraussichtlich weniger zunehmen als 1986 (rund 260 000 Personen), vielleicht um 180 000 bis 200 000 Personen.

Zu den Erwerbstätigen zählen auch die Selbständigen, deren Zahl ebenfalls steigt. Nimmt man die beschäftigten Arbeitnehmer für sich, dann ist deren Zahl von 1985 bis 1986 um rund 250 000 auf 22,44 Millionen gestiegen. Die Institute schätzen, daß dieser Anstieg zu rund einem Drittel auf arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Maßnahmen beruht.

Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen ist nur um rund 70 000 auf 2,23 Millionen abgesunken. Davon entfallen mehr als 40 000 auf die Neuregelung des Paragraphen 105 c im Arbeitsförderungsgesetz (AFG), wonach sich arbeitslose Leistungsbezieher im Alter von 58 Jahren und darüber nicht mehr der Arbeitsvermittlung zur Verfügung zu stellen brauchen; sie zählen 1986 nicht mehr als arbeitslos.

Die Differenz zwischen der Zunahme der Beschäftigtenzahl (plus 250 000) und der Abnahme der Arbeitslosenzahl (minus 70 000) ist vor allem auf zweierlei zurückzuführen: Einmal wirken sich immer noch, wenn auch nicht mehr so stark wie Anfang der achtziger Jahre, die geburtenstarken Schulabgängerjahrgänge aus; die Zahl der auf den Arbeitsmarkt drängenden Schulabgänger ist größer als die Zahl der aus dem Produktionsprozeß ausscheidenden Älteren. Zum anderen finden in erheblicher Zahl, besonders in Süddeutschland, Arbeitsuchende, die nicht als arbeitslos gemeldet sind, einen Arbeitsplatz. Diese „Stille Reserve“ wird vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (LAB) immer noch auf 1,15 Millionen Personen geschätzt.<sup>3</sup>

#### Über eine halbe Million Arbeitsplätze weniger als 1980

Die Bundesregierung benutzt natürlich am liebsten die auf Schätzungen beruhende und deshalb relativ unsichere Erwerbstätigenstatistik, um beschäftigungspolitische Erfolge ihrer Wirtschaftspolitik belegen zu können; sie hat veranlaßt, daß die Schätzwerte seit einiger Zeit sogar monatlich veröffentlicht werden. Aber auch ein Vergleich der Beschäftigtenzahlen seit 1980 stellt der Bundesregierung kein gutes Zeugnis aus.

1986 war die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer um nur 52 000 höher als 1982, dem Jahr im tiefsten Tal der Weltwirtschaftskrise. Berücksichtigt man, daß allein durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) 1986 reichlich 80 000 ABM-Stellen mehr besetzt waren als 1982, dann ergibt sich, daß seit der „Wende“, dem Amtsantritt der Regierung Kohl Anfang Oktober 1982, per saldo keine zusätzlichen Arbeitsplätze entstanden sind.

<sup>3</sup> Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, H. 3/1986, S. 376.

Vergleicht man den Jahresdurchschnitt 1986 (22,44 Millionen) mit dem Durchschnitt von 1980 (22,96 Millionen), dem Jahr, in dem die Konjunktur vom Höhepunkt in die weltweite Rezession kippte, dann stellt man fest, daß es 1986 520 000 weniger beschäftigte Arbeitnehmer gab als 1980 - also einem konjunkturell vergleichbaren Jahr.

#### 400 000 registrierte Arbeitslose mehr als 1982

Noch verheerender ist die Bilanz der beschäftigungspolitischen Untätigkeit der Regierung Kohl, wenn die Arbeitslosenstatistik benutzt wird. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen war 1986 mit 2,23 Millionen im Jahresdurchschnitt um rund 400 000 höher als 1982 (1,83 Millionen). Ohne die erwähnten arbeitspolitischen Maßnahmen wäre die Zahl der Arbeitslosen von 1982 bis 1986 noch erheblich stärker angestiegen. Auch eine andere Zahl ist zur Beurteilung der Bonner Wirtschaftspolitik wichtig: 1986 waren im Durchschnitt rund 750 000 Arbeitslose ein Jahr und länger arbeitslos; 1982 betrug die Zahl dieser Dauerarbeitslosen 327 000.

Von 1980 bis 1986 - von einem konjunkturellen Höhepunkt zum anderen - ist die Zahl der Arbeitslosen sogar von 889 000 um 1,34 Millionen oder 150 Prozent (!) auf 2,23 Millionen angestiegen. Da stellt sich die Frage, ob sich die Regierung Kohl in den vier Jahren ihrer Regierungszeit wirklich der außergewöhnlichen Herausforderung der Massenarbeitslosigkeit und der damit verbundenen Armut gestellt hat, so wie es Hauptaufgabe deutscher Politik sein sollte.

„Erneuerung der Marktwirtschaft“, „weniger Staat“, „Angebotspolitik“, das heißt: „Verbesserung der Rahmenbedingungen“ für die Unternehmen - dies sind Grundpfeiler der wirtschaftspolitischen Konzeption der Bundesregierung. Sie setzt auf die „Selbsteilungskräfte“ des Marktes. Der Staat soll sich im wesentlichen auf die Schaffung von guten Rahmenbedingungen für die Unternehmen beschränken; dann würden die Unternehmen investieren und neue Arbeitsplätze schaffen. Tatsächlich sind die Rahmenbedingungen zur Zeit so günstig wie selten zuvor. Wir haben zur Zeit absolute Preisstabilität; die Einfuhrpreise sind um ein gutes Fünftel niedriger als vor einem Jahr; die Lohnquote von 1986 ist die niedrigste seit 1960, während die Unternehmen Rekordgewinne verbuchen können; die Zinssätze sind seit Anfang der achtziger Jahre erheblich gesunken (Kapitalmarktzins von 10,6 Prozent 1981 auf rund 6 Prozent 1986); der Kündigungsschutz wurde durchlöchert; die Unternehmen erhielten besondere Steuerentlastungen. Die Unternehmer und die Kapitalbesitzer haben in den letzten vier Jahren „ihre Regierung“ in Bonn an der Macht gehabt. Aber die Beschäftigung erreichte 1986 trotz eines weltweiten Wirtschaftsaufschwungs gerade wieder das Niveau von 1982, und die Arbeitslosenzahl war erheblich größer.

### Bonn weigert sich, aktive Beschäftigungspolitik zu betreiben

Das „Warten auf den Markt“ kann im Ernst nicht als große politische Anstrengung im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit angesehen werden. Eine aktive staatliche Beschäftigungspolitik mit gezielten arbeitsplatzschaffenden Maßnahmen, wie sie vom DGB gefordert wird, lehnt die neokonservative Regierungskoalition entschieden ab. Ihre Sprecher behaupten, eine expansive Beschäftigungspolitik, und sei sie noch so differenziert und gezielt, wäre unwirksam. Diese Behauptung ist schlicht unwahr. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat daran erinnert, daß infolge von Beschäftigungsprogrammen „1979 mit über 400 000 zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätzen das beste Jahr für die Beschäftigung seit 1970 war“. Das DIW vergleicht diesen Zuwachs mit der zu erwartenden Beschäftigungszunahme in dem, wie es meint, konjunkturell vergleichbaren Jahr 1987; allenfalls wird dieses Jahr die Hälfte der Beschäftigungszunahme von 1979 erreichen: „Im gesamten Vergleichszeitraum (1984 bis 1987) steigt die Beschäftigung nur um 60 Prozent des im letzten Zyklus (1977 bis 1980) erreichten Wertes.“<sup>4</sup>

Und selbst diese niedrige Beschäftigungszunahme ist zum weitaus größten Teil nicht die Folge einer eigenen Leistung der Bundesregierung. Nach 1982 hat nicht sie, sondern vielmehr der Exportboom die Konjunktur wieder auf Touren gebracht. Die expansive Wirtschaftspolitik der USA war dabei die Lokomotive; sie zog die Weltwirtschaft aus der Krise und brachte sie wieder auf Schwung. Mit einem Anteil der Ausfuhr am Bruttosozialprodukt von rund einem Drittel gehört die Bundesrepublik zu den Ländern mit der größten außenwirtschaftlichen Abhängigkeit. Sie profitierte mehr als andere Länder von dem weltweiten Aufschwung. Die reale Warenausfuhr stieg von 1982 bis 1985 um knapp 17 Prozent. Im gleichen Zeitraum stieg das reale Sozialprodukt um 7,1 Prozent an. Die Inlandsnachfrage nahm nur um real knapp 4 Prozent zu.

### Neue Arbeitsplätze größtenteils Folge des Exportbooms

Ohne das von den USA initiierte „Konjunkturprogramm Export“ wäre die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik erheblich größer als sie ohnehin ist. Fast alle neuen Arbeitsplätze wurden in exportintensiven Bereichen geschaffen. Die von den Gewerkschaften gegen den Widerstand von Arbeitgebern und Bundesregierung hart erkämpfte Arbeitszeitverkürzung wirkte im Zusammenhang mit dem guten Exportgeschäft ebenfalls arbeitsplatzschaffend. Schließlich gingen vom Exportboom Anstoßwirkungen auf die Binnennachfrage und die nicht exportintensiven Wirtschaftsbereiche aus.

Der Exportboom ging jedoch bereits 1985 zu Ende. Schon seit dem ersten Halbjahr 1985 war das Auslandsgeschäft abwärtsgerichtet. Im Jahre 1986 hat sich diese Tendenz noch verstärkt. Im dritten Vierteljahr 1986 habe das Auftragsvolumen aus dem Ausland um etwa 6 Prozent niedriger gelegen als im ersten Quartal 1985, schreibt das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in einer

---

<sup>4</sup> Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 26. 6.1986, S. 333.

Anfang Dezember veröffentlichten Konjunkturanalyse. Im Investitionsgüterbereich sei der Rückgang mit 9 Prozent sogar noch stärker gewesen.

#### Rückläufiges Exportgeschäft

So wie die expansive Wirtschaftspolitik der USA und die Aufwertung des Dollars in der Bundesrepublik einen Exportboom auslöste und dadurch die Konjunktur bei uns erst auf Trab brachte - 1983 bis 1985 stieg die deutsche Ausfuhr in die USA um 70 Prozent! -, so wirkt sich jetzt die abgeschwächte, labile amerikanische Wirtschaftsentwicklung bremsend auf die Konjunktur in der Bundesrepublik aus. In dieselbe Richtung wirkt der rapide Fall des Dollarkurses. Der Wert des Dollars war von 1,71 DM Anfang 1980 bis Ende Februar 1985 auf mehr als das Doppelte, nämlich auf 3,47 DM, gestiegen. Seitdem fiel der Dollar auf Kurswerte um 2 DM. Niemand kann heute mit einiger Sicherheit voraussagen, ob und wie weit der Dollar 1987 noch fallen wird und wie sich die Wirtschaft in den USA weiter entwickeln wird. Es gibt amerikanische Prognose-Institute, die befürchten, daß bereits in diesem Jahr 1987 eine Rezession in den USA nicht mehr abzuwenden sein wird.

Das Auslandsgeschäft ist aber auch mit den anderen westlichen Handelspartnern schwieriger geworden. So zum Beispiel mit Großbritannien, wo, ähnlich wie im Handel mit den USA, die Schwäche des Pfundes und damit die Aufwertung der D-Mark (um 17 Prozent im dritten Quartal 1986 gegenüber dem dritten Quartal im Jahr 1985) den deutschen Export hemmt. Im Geschäft mit den übrigen europäischen Ländern wirkt sich die matte Konjunktur aus.

„Besser“ als die Bestellungen sehen vorerst noch die Lieferungen an das Ausland aus. Für 1986 wird angenommen, daß das Exportvolumen um 1 bis 2 Prozent unter dem des Vorjahres liegt. Die Einfuhr soll mengenmäßig um 3 bis 4 Prozent zugenommen haben. Wegen des strukturell hohen Vorsprungs der Ausfuhr gegenüber der Einfuhr und wegen des starken Rückgangs der Einfuhrpreise um rund 18 Prozent bei nur schwachem Absinken der Exportpreise (minus 2 Prozent) hat sich der nominale Außenhandelsüberschuß 1986 auf über 100 Milliarden DM erhöht. Dies ist ein Rekordergebnis, ebenso wie der Überschuß in der außenwirtschaftlichen Leistungsbilanz, der auf etwa 70 Milliarden DM geschätzt wird (1985: 38 Milliarden DM), das sind gut 3,5 Prozent des Bruttosozialprodukts.

#### Konjunkturaufschwung verliert spürbar an Dynamik

Das rückläufige Exportgeschäft war ausschlaggebend dafür, daß die Konjunktur im gesamten verarbeitenden Gewerbe spürbar an Dynamik eingebüßt hat. Der Auftrieb der gesamten Bestellungen sei Mitte 1985 zum Stillstand gekommen, stellte das Ifo-Institut in seiner schon erwähnten Konjunkturanalyse fest. „Seither stagniert die Nachfrage auf hohem Niveau. In jüngster Zeit war sie sogar leicht rückläufig.“ Insbesondere habe sich der konjunkturelle Aufwärtstrend der Inlandsnachfrage nach Investitionsgütern seit Mitte



1985 stark abgeflacht. Der Investitionstest des Ifo-Instituts ergab, daß die Bruttoanlageinvestitionen des verarbeitenden Gewerbes 1987 mit real rund 5 Prozent deutlich geringer zunehmen werden als 1986 (etwa plus 12 Prozent).

Nach der schweren Krise in der Bauwirtschaft setzte im vergangenen Jahr die Erholung ein; sie wird sich 1987 fortsetzen; für 1986 wird mit einer Zunahme der realen Bauinvestitionen um 1 bis 2 Prozent gerechnet, für 1987 wird ein realer Zuwachs von etwa 3,5 Prozent erwartet. Die Erholung wird vom Gewerbebau und von den öffentlichen Investitionen getragen. Erstmals seit 1980 haben vor allem die Gemeinden insgesamt ihre Investitionstätigkeit wieder deutlich erhöht, allerdings von einem sehr niedrigen Niveau aus. 1986 dürften die öffentlichen Investitionen real um rund 5 Prozent höher sein als 1985. Im Wohnungsbau hat sich die Nachfrage nach Ein- und Zweifamilienhäusern belebt. Nach der Krise kurze Bauzeiten, relativ niedrige Zinsen und das vermutete Auslaufen der Phase günstiger Baupreise lassen ein Zuwarten bei der Realisierung von Bauplänen nicht lohnend erscheinen. Der Mehrfamilienhausbau bleibt weiterhin vernachlässigt. Das WSI rechnet damit, daß der Wohnungsbau 1986 nochmals das reale Vorjahresergebnis unterschreiten, es aber im neuen Jahr 1987 um rund 4 Prozent überschreiten wird. Die gesamten Bauinvestitionen werden nach der WSI-Prognose 1986 um 1,5 Prozent und 1987 um 3,5 Prozent gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ansteigen.

#### 1986 war der private Verbrauch stärkste Konjunkturstütze

Außenwirtschaftlichen Einflüssen ist es in erster Linie zu verdanken, daß der private Verbrauch 1986 zur stärksten Konjunkturstütze in der Bundesrepublik werden konnte. Gemeint sind der Verfall der Rohölpreise, der starke Rückgang der Preise für andere Rohstoffe sowie die rasche und enorme Abwertung des Dollars. Im Durchschnitt der Monate Januar bis Oktober 1986 betrug der Durchschnittspreis pro Tonne eingeführtes Rohöl nur noch 42 Prozent des Preises der gleichen Vorjahreszeit. Das reale Rohstoff Preisniveau (Wechselkurs- und Inflationseinflüsse ausgeklammert) erreichte nach Berechnungen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung im dritten Vierteljahr 1986 den tiefsten Stand der Nachkriegszeit. Der HWWA-Rohstoffpreisindex, der allerdings auf Dollarbasis berechnet wird, war im September 1986 um rund 45 Prozent niedriger als im Jahresdurchschnitt 1981. Wegen dieses Verfalls der Rohstoffpreise, unter dem die Entwicklungsländer am meisten zu leiden haben, und infolge der Abwertung des Dollars waren die Einfuhrpreise im Herbst 1986 um rund 21 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Ein derartiger Rückgang während einer weltwirtschaftlichen Aufschwungphase ist in der Nachkriegsgeschichte einmalig.

Davon profitierte der deutsche Verbraucher, denn das Niveau der Verbraucherpreise war 1986 zum ersten Mal seit Anfang der fünfziger Jahre niedriger als im Vorjahr, und zwar um rund 0,3 Prozent. Ohne den starken Rückgang der Einfuhrpreise würden die Verbraucherpreise allerdings um knapp 2 Prozent gestiegen sein. Für 1987 kann natürlich nicht erwartet werden, daß die Ein-

fuhrpreise weiterhin sinken und der Dollarkurs nochmals so stark nach unten tendiert. Eher ist ein erneuter Anstieg des Rohölpreises und eine Umkehr in der Entwicklung der übrigen Rohstoffpreise zu erwarten. Jedenfalls könnten die Verbraucherpreise 1987 durchaus wieder um rund 2 Prozent steigen.

Der starke Rückgang der Einfuhrpreise hat aber auch der Bonner Koalition genutzt. Sie konnte im Bundestagswahlkampf darauf hinweisen, daß die *realen* Arbeitnehmereinkommen 1986 zum ersten Mal seit 1979 wieder gestiegen sind und daß dieser Anstieg ein Ausmaß erreichte wie seit 1971 nicht mehr. Die Rechnung sieht folgendermaßen aus: Die Bruttolohn- und -gehaltssumme war 1986 um rund 5 Prozent höher als 1985. Infolge der am 1. Januar 1986 in Kraft getretenen Einkommensteuersenkung stiegen die Abzüge nicht so stark wie die Einkommen - dies ist ziemlich der einzige erhebliche Beitrag der Bundesregierung zur Nachfragebelebung im Laufe von vier Jahren, und bezeichnenderweise wurde er im Wahljahr 1986 erbracht. Jedenfalls stiegen die Nettoeinkommen um 5,5 Prozent. Auf den einzelnen Arbeitnehmer bezogen ergibt sich ein Anstieg des durchschnittlichen Nettolohnes im Jahre 1986 um fast 4,5 Prozent. Nimmt man den Rückgang der Verbraucherpreise um 0,3 Prozent hinzu, dann hat sich die Kaufkraft des durchschnittlichen Nettolohns 1986 gegenüber 1985 um 4,5 bis 5 Prozent erhöht.

#### Reallöhne auf dem Niveau von 1980

Aber dies ist nur ein Teil der Wahrheit. Wer die volle Wahrheit wissen will, der muß drei weitere Gegebenheiten kennen:

1. Mit dieser Realloohnerhöhung wurde noch nicht wieder das Niveau des Jahres 1980 erreicht. Obwohl das Bruttosozialprodukt je Erwerbstätigen von 1980 bis 1986 um *real* 11,3 Prozent anstieg, gingen die Arbeitnehmer leer aus; ihr Reallohn erhöhte sich nicht.

#### Gewinne stiegen seit 1980 um über 50 Prozent

2. Der Grund für dieses Mißverhältnis ist eine einmalige Gewinnexplosion. Die Bruttogewinne der Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung und ohne finanzielle Unternehmen) sind von 1980 bis 1986 um etwa 53 Prozent gestiegen; dabei werden Angaben der Bundesbank zugrunde gelegt. Die Nettogewinne haben aller Wahrscheinlichkeit nach noch mehr zugenommen.

3. Während die Bruttolöhne und -gehälter 1986 um rund 5 Prozent höher waren als 1985, stiegen gleichzeitig die Bruttogewinne um etwa 10 Prozent (netto 11 Prozent). 1986 sank die (bereinigte) Lohnquote auf ihren niedrigsten Stand seit 1960; sie machte nur noch 60,4 Prozent des Volkseinkommens aus (gegenüber 65,2 Prozent 1982 und 64,9 Prozent 1980).<sup>5</sup>

---

<sup>5</sup> Jahresgutachten des Sachverständigenrates, Ziff. 53. „Bereinigt“ wird die Lohnquote, indem ein gleichbleibender Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen angenommen wird (Stand: 1960).

4. Der Reallohnzuwachs von 1986 war wegen der besonderen außenwirtschaftlichen Einflüsse einmalig. Er wird sich mit Sicherheit 1987 nicht wiederholen. Die Prognosen rechnen für dieses Jahr ziemlich übereinstimmend mit einer Zunahme der Nettolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten um 2,5 bis 3 Prozent. Bei einem Anstieg der Verbraucherpreise von rund 2 Prozent würde sich ein Kaufkraftzuwachs von 0,5 bis 1 Prozent ergeben.

#### 1987 geht es abwärts

Infolgedessen wird 1987 auch der private Verbrauch erheblich an konjunkturstützender Kraft einbüßen. Er wird die reale Zuwachsrate von rund 4 Prozent im Jahre 1986 bei weitem nicht mehr erreichen; zu erwarten ist eine Zunahme um vielleicht 2,5 Prozent. Die Stimmung in der Wirtschaft wird umschlagen; die Investitionstätigkeit läßt nach; vom Ausland sind keine Impulse für die Konjunktur zu erwarten. Und die gegenwärtige Bundesregierung bleibt bei ihrer Politik des „weniger Staat“. Sie weigert sich weiterhin gegenzusteuern. Der Bundeshaushalt 1987 soll erneut weniger wachsen als das Sozialprodukt. Da stellt sich die Frage, wie realistisch die Annahmen von einem weiteren erheblichen Beschäftigungszuwachs und einem Abbau der Arbeitslosigkeit 1987 sind.